



HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

**Von Hessen muss ein Impuls zum Wiedereinstieg in die Kernkraft ausgehen:
Kleine Modulare Reaktoren ermöglichen, Kernkraftwerke reaktivieren,
Rechenzentren fördern und Stromversorgung sichern**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein sich im Wahlkampf 2023 für den Wiedereinstieg in die Kernkraft ausgesprochen hat und sprach von einem Fehler, mitten in einer Energiekrise auf Kernkraft zu verzichten. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass auch der bayerische Ministerpräsident Söder und Sachsens Ministerpräsident Kretschmer mit „Mini-AKWs“ den Weg in den Wiedereinstieg in die Kernkraft fordern.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Region Frankfurt-Rhein-Main mit derzeit 76 Rechenzentren der größte Rechenzentrumsstandort Deutschlands und einer der bedeutendsten in Kontinentaleuropa ist. Bis 2030 wird die Zahl auf fast 112 steigen. Der Stromverbrauch dieser Rechenzentren stieg allein im Stadtgebiet Frankfurt von 1.000 GWh (2017) auf über 1.900 GWh (2021) und wird für ganz Hessen bis 2030 auf bis zu 6.200 GWh prognostiziert. Diese Entwicklung zeigt: Hessens Position als führender Digitalstandort hängt entscheidend von der Fähigkeit ab, ausreichend Strom grundlastfähig, bezahlbar und versorgungssicher bereitzustellen.
3. Der Landtag stellt fest, dass dieser Anstieg eine bereits messbare Entwicklung ist, die unsere Energieinfrastruktur an ihre Grenzen bringen wird. Internationale Analysen quantifizieren diese Entwicklung mit alarmierender Deutlichkeit. Der weltweite Stromverbrauch von Rechenzentren lag im Jahr 2022 bei 460 Terawattstunden (TWh) und wird sich Prognosen zufolge bis 2026 auf über 1.000 TWh mehr als verdoppeln. Treiber dieser Entwicklung ist vor allem der immense Energiehunger von KI-Anwendungen; eine einzige KI-Anfrage kann bis zu zehnmals mehr Energie verbrauchen als eine herkömmliche Google-Suche.
4. Der Landtag stellt fest, dass dieses exponentielle Wachstum eine fundamentale Herausforderung für die Stabilität des deutschen Stromnetzes und für die bisherigen Strategien der Energieversorgung darstellt. Es erfordert dringend neue, innovative Lösungsansätze. Rechenzentren benötigen eine kontinuierliche, unterbrechungsfreie und grundlastfähige Stromversorgung, die 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche gewährleistet ist. Die geforderte technische Verfügbarkeit liegt bei über 90 Prozent.
5. Der Landtag stellt fest, dass dies in fundamentalem Gegensatz zur intermittierenden Natur von wetterabhängigen „erneuerbaren“ Energien steht. Solarenergie erreicht eine Verfügbarkeit von lediglich zehn bis 30 Prozent je nach geographischer Breite (in Deutschland zwölf bis 13 Prozent), während Windenergie auf 35 bis 45 Prozent kommt. Eine alleinige Abhängigkeit von diesen volatilen Energiequellen, ohne derzeit nicht verfügbare, großskalige und kosteneffiziente Speicherlösungen, stellt ein untragbares Betriebsrisiko für diese kritische Infrastruktur dar und gefährdet damit nicht nur die Stabilität digitaler Dienste, sondern die Grundfesten der nationalen digitalen Souveränität und Sicherheit.

6. Der Landtag stellt fest, dass für die Deckung des dauerhaft vorhandenen Strombedarfs sich die Wiederinbetriebnahme der drei 2023 in Deutschland abgeschalteten Kernkraftwerke anbieten würde. Diese Maßnahme sollte priorisiert werden. Zusätzlich stellen Kleine Modulare Reaktoren (engl. Small Modular Reactors; im Folgenden „SMR“) eine vielversprechende technologische Lösung für dieses Problem dar, die weltweit zunehmend an Bedeutung gewinnt. Ein Blick auf internationale Entwicklungen unterstreicht die Dringlichkeit: In der Volksrepublik China soll mit dem SMR „Linglong One“ (ACP100) im Jahr 2026 erstmals weltweit ein kommerzieller landbasierter SMR in Betrieb gehen und damit einen strategischen Vorsprung im globalen Wettbewerb um standardisierte, exportfähige Reaktortechnologie markieren. Während andere Industrienationen noch in Genehmigungs- oder Pilotphasen verharren, schafft China damit Fakten und positioniert sich als führender Anbieter für die energieintensive digitale Infrastruktur der Zukunft.
7. Der Landtag stellt fest, dass es sich bei SMR um kleinere, in Fabriken modular vorgefertigte Kernreaktoren (sogenannte „Mini-AKW“) mit einer elektrischen Leistung, die typischerweise zwischen 5 und 300 MW pro Modul liegt, handelt. Durch eine mögliche Serienfertigung in Fabriken wird die Bauzeit von fünf bis zehn Jahren bei konventionellen Anlagen auf nur 24-36 Monate verkürzt, was die Planungs- und Investitionssicherheit signifikant erhöht. Mit einem Verfügbarkeitsfaktor von über 90 Prozent sind SMR prädestiniert für die Bereitstellung von Grundlaststrom und können die Versorgungslücke kurzfristig schließen, die durch die Volatilität von Wind und Sonne entsteht.
8. Der Landtag stellt fest, dass SMR – laut dem Vorsitzenden der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol – die Möglichkeit bieten, den „historischen Fehler“ des deutschen Ausstiegs aus der Kernkraft zu korrigieren, und nicht nur dem Beispiel Italiens zu folgen, das gerade den Wiedereinstieg in die Kernkraft mit SMR beschlossen hat, sondern von den ab 2030 sinkenden Stückkosten von bis zu 30 Prozent innerhalb von nur fünf Jahren zu profitieren.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, initiativ zusammen mit weiteren Ministerpräsidenten der Länder auf die Bundesregierung einzuwirken,
 - zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen bereits abgeschaltete Kernkraftwerke wieder ans Netz kommen können,
 - einen technologieoffenen, rechtssicheren und effizienten Regulierungs- und Genehmigungsrahmen für Small Modular Reactors (SMR) der Generationen III+ und IV zu entwickeln,
 - die Initiierung von Pilotprojekten zur Erprobung der SMR-gestützten Energie- und Wärmeversorgung zu fördern,
 - ein nationales Forschungs- und Entwicklungsprogramm möglichst in Hessen aufzulegen, um die Errichtung und den Betrieb von mindestens zwei Pilotprojekten zu unterstützen. Diese Projekte sollen die technische und wirtschaftliche Machbarkeit der gekoppelten Versorgung eines großen Rechenzentrums mit Strom und die gleichzeitige Einspeisung von Prozesswärme in ein kommunales Fernwärmenetz demonstrieren,
 - als zusätzliche Unterstützungsoption die Kopplung von SMR-betriebenen Rechenzentren an kommunale Wärmenetze als Anschubfördervoraussetzung festzuschreiben,
 - eine detaillierte, umfassende und langfristige Strategie für den gesamten Brennstoffkreislauf von SMR vorzulegen. Diese Strategie muss transparente Lösungen für die sichere Lagerung und Handhabung der radioaktiven Rest- und Wertstoffe, die Förderung der Forschung an fortschrittlichen Recycling Technologien, die auch eine transparente und belastbare Kostenschätzung für die Zwischenlagerung beinhalten, um Investitionssicherheit zu schaffen und die langfristige Akzeptanz der Technologie in der Öffentlichkeit zu gewährleisten,
 - internationale Kooperationen zu intensivieren und die Standardisierung von SMR-Technologien voranzutreiben. Die Mitarbeit in der Europäischen Industriallianz für SMR sowie in internationalen Gremien wie dem „SMRRegulators´ Forum“ der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) ist anzustreben bzw. zu intensivieren. Ziel ist es, die Entwicklung und Harmonisierung gemeinsamer Sicherheitsstandards und Genehmigungsverfahren für standardisierte SMR-Designs zu beschleunigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. April 2026

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe